

Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts  
für Internationales Recht an der Universität Kiel

---

Band 149

# Deutschland und die internationale Gerichtsbarkeit

Vortragsreihe  
am Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht  
an der Universität Kiel  
im Wintersemester 2002/03 und Sommersemester 2003

Herausgegeben von  
**Andreas Zimmermann**

unter Mitwirkung von  
**Ursula E. Heinz**



Duncker & Humblot · Berlin

ANDREAS ZIMMERMANN (Hrsg.)

**Deutschland und die internationale Gerichtsbarkeit**

**Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts  
für Internationales Recht an der Universität Kiel**

Herausgegeben von

**Jost Delbrück, Rainer Hofmann  
und Andreas Zimmermann**  
Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht

**149**

Völkerrechtlicher Beirat des Instituts:

**Rudolf Bernhardt**  
Heidelberg

**Christine Chinkin**  
London School of Economics

**James Crawford**  
University of Cambridge

**Lori F. Damrosch**  
Columbia University, New York

**Vera Gowlland-Debbas**  
Graduate Institute of International  
Studies, Geneva

**Fred L. Morrison**  
University of Minnesota,  
Minneapolis

**Eibe H. Riedel**  
Universität Mannheim

**Allan Rosas**  
Court of Justice of the European  
Communities, Luxemburg

**Bruno Simma**  
International Court of Justice,  
The Hague

**Daniel Thürer**  
Universität Zürich

**Christian Tomuschat**  
Humboldt-Universität, Berlin

**Rüdiger Wolfrum**  
Max-Planck-Institut für  
ausländisches öffentliches Recht  
und Völkerrecht, Heidelberg

# Deutschland und die internationale Gerichtsbarkeit

Vortragsreihe  
am Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht  
an der Universität Kiel  
im Wintersemester 2002/03 und Sommersemester 2003

Herausgegeben von

**Andreas Zimmermann**

unter Mitwirkung von  
Ursula E. Heinz



Duncker & Humblot · Berlin

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2004 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 1435-0491

ISBN 3-428-11706-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

# Inhaltsverzeichnis

Deutschland und die internationale Gerichtsbarkeit	
<i>Andreas Zimmermann</i> .....	7
Internationale Gerichtsbarkeit – Zur Geschichte ihrer Entstehung und der Haltung Deutschlands	
<i>Jost Delbrück</i> .....	13
Deutschland und der Internationale Gerichtshof	
<i>Carl-August Fleischhauer</i> .....	29
Deutschland und der Europäische Gerichtshof	
<i>Siegbert Alber</i> .....	45
Der Internationale Strafgerichtshof – Das Vermächtnis von Nürnberg –	
<i>Hans-Peter Kaul</i> .....	71
Das Streitbeilegungssystem des Seerechtsübereinkommens	
<i>Rüdiger Wolfrum</i> .....	87
Das Bundesverfassungsgericht und die internationale Gerichtsbarkeit	
<i>Udo Di Fabio</i> .....	107
Autorenverzeichnis .....	119



# Deutschland und die internationale Gerichtsbarkeit

Von Andreas Zimmermann

## A. Einleitung

Vorliegender Band ist das Ergebnis einer Vortragsreihe am Kieler Walther-Schücking-Institut, welche dort im Zeitraum Wintersemester 2002/2003 bis Sommersemester 2003 abgehalten wurde. Das nach dem früheren deutschen Richter am Ständigen Internationalen Gerichtshof und ehemaligen Direktor benannte Institut hielt es für angezeigt, bei den derzeit an internationalen Gerichten tätigen deutschen Richtern beziehungsweise Generalanwälten nachzufragen, wie sie das Verhältnis Deutschlands zu „ihrem“ Gericht sehen.<sup>1</sup> Hinzu kamen Vorträge des früheren, langjährigen Direktors des Instituts *Jost Delbrück* zur Rolle des Deutschen Reiches bei der Herausbildung einer ständigen (Schieds-)Gerichtsbarkeit sowie – sozusagen aus der Binnenperspektive – eine Analyse der Rolle, welche die internationale Gerichtsbarkeit für das Bundesverfassungsgericht spielt (aus der Feder von Richter am Bundesverfassungsgericht *Di Fabio*).<sup>2</sup> Beide bilden eine gedankliche Klammer, welche die Beiträge zu den einzelnen Gerichtsinstanzen miteinander verknüpfen.

## B. Deutschland und die internationale Gerichtsbarkeit im Lichte von Art. 24 Abs. 3 Grundgesetz

Mit Art. 24 Abs. 3 enthält das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein klares Bekenntnis zur friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu im Folgenden die Beiträge von *Carl-August Fleischhauer* zum Internationalen Gerichtshof (29 ff.), von *Siegbert Alber* zum Europäischen Gerichtshof (45 ff.), von *Hans-Peter Kaul* zum Ständigen Internationalen Strafgerichtshof (71 ff.) sowie von *Rüdiger Wolfrum* zum Internationalen Seegerichtshof in Hamburg (87 ff.).

<sup>2</sup> Dazu im Einzelnen *Jost Delbrück*, Internationale Gerichtsbarkeit – Zur Geschichte ihrer Entstehung und der Haltung Deutschlands, in diesem Band, 13 ff., sowie *Udo Di Fabio*, Das Bundesverfassungsgericht und die internationale Gerichtsbarkeit, in diesem Band, 107 ff.

durch internationale Gerichte. Damit wird die viel zitierte Völkerrechts- und Europafreundlichkeit des Grundgesetzes,<sup>3</sup> so wie sie in materieller Hinsicht namentlich in den Art. 23, 24 Abs. 1 und 2, 25 und 26 GG zum Ausdruck kommt, auch in verfahrensrechtlicher Sicht konkretisiert.

Ungeachtet der Frage, ob man den Internationalen Gerichtshof als eine Form der allgemeinen, umfassenden, obligatorischen, internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ansieht,<sup>4</sup> mit der Folge, dass die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet wäre, sich nach Art. 36 Abs. 2 des IGH-Statuts dessen Jurisdiktion zu unterwerfen,<sup>5</sup> wird man mit *Hermann Mosler* – selbst von 1976 bis 1985 deutscher Richter am Internationalen Gerichtshof – davon auszugehen haben, dass eine zumindest teilweise und dementsprechend mit Vorbehalten versehene Unterwerfung den relativ höchsten Stellenwert unter den Maßnahmen hat, die zur Konkretisierung des Verfassungsprogramms dienen.<sup>6</sup> Es ist in der Tat schwer verständlich – so wie dies *Mosler* bereits drei Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung festgestellt hatte<sup>7</sup> – warum Deutschland bislang keine solche Erklärung abgegeben hat, hat Deutschland doch ansonsten – und zwar auch bereits bevor es Mitglied in den Vereinten Nationen wurde – durchaus regen Gebrauch von der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes gemacht.<sup>8</sup>

### C. Einbindung Deutschlands in die internationale Gerichtsbarkeit

Die internationale Gerichtsbarkeit lässt sich beim gegenwärtigen Entwicklungsstand des Völkerrechts als ein Netz manchmal zwar dünner Spinnfäden charakterisieren, welches aber in seiner Gesamtheit durchaus tragfähig ist. Deutschland hat – wie die Beiträge in vorliegendem Band belegen – in vielfältiger

<sup>3</sup> Der Begriff der Völkerrechtsfreundlichkeit wurde offenbar von BVerfGE 6, 309 (362) geprägt.

<sup>4</sup> Bejahend etwa *C. D. Classen*, in: H. v. Mangoldt/Ch. Starck/F. Klein, Das Bonner Grundgesetz, Kommentar, Band 2, 4. Auflage 2000, Art. 24, Rdnr. 100 mit weiteren – auch ablehnenden – Hinweisen. Vgl. auch BVerfGE 55, 349 (367), wo das Gericht ausführt, es fehle der gegenwärtigen Völkerrechtsordnung weithin an institutionellen Vorkehrungen, etwa einer obligatorischen internationalen Gerichtsbarkeit.

<sup>5</sup> Zur entsprechenden Praxis des Deutschen Reiches in der Zwischenkriegszeit siehe *Delbrück*, in diesem Band, 27.

<sup>6</sup> *H. Mosler*, Das Grundgesetz und die internationale Streitschlichtung, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. VII, 1992, § 179, Rn. 37.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Im Einzelnen näher *Fleischhauer*, in diesem Band, 37 ff.

Weise an der Ausgestaltung dieses Netzes mitgewirkt. Dazu gehört auch ein aktives Hinwirken auf die Lösung zwischenstaatlicher Streitigkeiten, an denen Deutschland beteiligt ist oder war, durch Ad-hoc-Schiedsgerichte<sup>9</sup> sowie die aktive Beteiligung bei der Schaffung des OSZE-Streitschlichtungssystems.<sup>10</sup>

Seit ihrem Beitritt zur EMRK und bis zum Inkrafttreten hatte die Bundesrepublik Deutschland ununterbrochen Unterwerfungserklärungen nach Art. 25 beziehungsweise 46 EMRK a.F. abgegeben und war auch der Versuchung widerstanden, nach dem aus der Sicht der damaligen Bundesregierung verfehlten Urteil in der Sache *Öztürk*<sup>11</sup> diese Erklärung nicht bruchlos zu verlängern<sup>12</sup> und hatte im Jahr 1995 auch das 11. Zusatzprotokoll zur EMRK ratifiziert.<sup>13</sup> Allerdings ist es zu bedauern, dass es die Bundesrepublik Deutschland bislang unterlassen hat, sich dem Zusatzprotokoll zur Europäischen Sozialcharta mit seinem Überwachungsmechanismus anzuschließen.<sup>14</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu umfassend *N. Wühler*, Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit in der völkerrechtlichen Praxis der Bundesrepublik Deutschland, 1985, *passim*. Vgl. aus der neueren Zeit etwa auch den Schiedsspruch vom 29. Juni 1990 des Schiedsgerichts nach der Sitzstaatsvereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), in: *International Law Reports*, vol. 105, 1997, 1–74.

<sup>10</sup> Dazu im Einzelnen *K. Oellers-Frahm*, The Arbitration Procedure Established by the Convention on Conciliation and Arbitration within the OSCE, in: *L. Caflisch* (Hrsg.), *Règlement pacifique des différends entre Etats*, 1998, 79–92; *H. Steinberger*, The Conciliation Procedure Established by the Convention on Conciliation and Arbitration within the OSCE, ebd., 67–77, sowie *J. Kokott*, Der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE – internationale Schiedsgerichtsbarkeit zwischen Recht und Politik, in: *R. Lhotta* (Hrsg.), *Deutsche und europäische Verfassungsgeschichte: Sozial- und rechtswissenschaftliche Zugänge*, 1999, 253–270. *H. Steinberger* ist Schiedsrichter beim Schiedsgerichtshof der OSZE und zugleich dessen Vizepräsident, *J. Kokott* ist dort stellvertretende Schiedsrichterin.

<sup>11</sup> *Öztürk v. Germany*, judgment of 21 February 1984, Series A no. 73, § 54, abgedruckt in *Europäische Grundrechte Zeitschrift* 1985, 62–74.

<sup>12</sup> *G. Nolte*, Völkerrechtliche Praxis der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1986, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (ZaöRV) 48 (1988), 270 (293).

<sup>13</sup> BGBl. 1995 II, 579 ff. Zu den Wirkungen der EMRK im deutschen Rechtsraum bereits *R. Uerpmann*, Die Europäische Menschenrechtskonvention und die deutsche Rechtsprechung, 1993, sowie *A. Zimmermann*, Germany, in: *R. Blackburn/J. Polakiewicz* (Hrsg.), *Fundamental Rights in Europe – The European Convention on Human Rights and its Member States, 1950–2000*, 2002, 335 ff.

<sup>14</sup> Additional Protocol to the European Social Charter Providing for a System of Collective Complaints, ETS no. 158; vgl. dazu auch *A. Zimmermann*, Protocol Amending the European Social Charter Providing for a System of Collective Complaints – Introductory Note, *International Law Materials* 34 (1995), 1453 ff.